

Aus:
Ostsee Zeitung

Donnerstag, 15. Dezember 2005 | Schönberg und Umgebung

Protest gegen Bau von Windrädern

Bürger protestieren gegen den Bau von Windkraftanlagen östlich von Wahrswow. 346 Unterschriften gegen das Vorhaben liegen bislang vor.

Lüdersdorf Bürgerproteste gegen den geplanten Bau von Windkraftanlagen östlich von Wahrswow gab es am Dienstagabend in einer Einwohnerfragestunde der Gemeindevertretung Lüdersdorf. Bernhard Strutz, Vorsitzender des Vereins „Für Lüdersdorf“, übergab eine Liste mit 346 Unterschriften, mit denen sich Bürger gegen das Vorhaben aussprechen. „Bei denjenigen, mit denen wir gesprochen haben, waren über 90 Prozent dagegen“, erklärte Bernhard Strutz gestern gegenüber der OZ.

Wie berichtet, waren zusätzliche Einnahmen das Hauptargument, das am 25. Oktober zwölf von 15 Lüdersdorfer Gemeindevertretern dazu bewog, für planungsrechtliche Vorgaben zu stimmen, die den „Windpark Petersberg“ erst möglich machen. Die Landeigentümer und Windenergie-Investoren der „Windpark Petersberg GmbH“ planen den Bau von 15 Anlagen auf den Territorien der benachbarten Gemeinden Lüdersdorf, Lockwisch und Niendorf. Dafür müsste der Planungsverband Westmecklenburg einen „Eignungsraum für Windenergie“ ausweisen.

„Es ist ein enormer Einschnitt in die Landschaft“, sagt Bernhard Strutz. In der Erklärung, die von den Bürgern unterschrieben wurde, heißt es, die bis zu 150 Meter hohen Windkraftanlagen würden kilometerweit zu sehen sein und das Landschaftsbild verschandeln. Die Prognose der „Windpark Petersberg GmbH“, die Gemeinde könne mit erheblichen Steuereinnahmen rechnen, sei rein spekulativ und ohne Gewährleistung, meinen die unterzeichnenden Bürger. Sie fordern, dass die Gemeindevertretung ihren Beschluss vom 25. Oktober zurücknimmt. Zudem solle die Öffentlichkeit besser und frühzeitiger informiert werden als bisher.

Bürgermeister Dr. Erhard Huzel (CDU) entgegnete, das Thema Windkraftanlagen sei bereits seit 2002 öffentlich diskutiert worden. Vor der Entscheidung am 25. Oktober habe es zahlreiche Gespräche mit Bürgern der Gemeinde gegeben. Die Entscheidung sei keinem Gemeindevertreter leicht gefallen. Gleichzeitig sagte der Bürgermeister zu, dass das Thema noch einmal neu behandelt werde. Huzel dankte den Bürgern für ihr Engagement.